

Oppenhoff

Die Zukunftsfähigkeit von Stiftungen – Das Bedürfnis nach alternativen (Weiterführungs-)Formen

Platow Stiftungsforum

Frankfurt am Main, 18. Oktober 2022
Dr. Gregor Seikel und Dr. Axel Wenzel, LL.M.

Agenda

1. Einführung: Überblick über die Stiftung und Gründe für eine Stiftungserrichtung
2. Nachteile der Stiftung und Auswirkungen auf die Zukunftsfähigkeit
3. Alternativen zur Stiftung
 - a) Die (Stiftungs-)GmbH
 - b) Stiftung & Co. KG
 - c) Treuhandstiftung
 - d) Stiftungsfonds
 - e) Spenden/ Sponsoring
 - f) Gesellschaft mit gebundenem Vermögen – GmbH-gebV
4. Die Umgestaltung bestehender Stiftungen
 - a) Gründe für die Umgestaltung bestehender Stiftungen
 - b) Die Bedeutung der Stiftungsrechtsreform für Neugestaltungen
 - c) Satzungsänderung
 - d) Zusammenlegung und Zulegung
 - e) Auflösung
5. Fazit

1. Einführung: Überblick über die Stiftung und Gründe für eine Stiftungserrichtung

Stiftungen in Zahlen

- 24.650 rechtsfähige Stiftungen bürgerlichen Rechts insgesamt (Stand: 31. Dezember 2021)
- 90 % Stiftungen mit ausschließlich steuerbegünstigten Zwecken
- 863 Neuerrichtungen im Jahr 2021
- 3 % Stiftungswachstum bundesweit (gerundet)

*Quelle: Bundesverband Deutscher Stiftungen



Grundlagen der Stiftung

Einordnung	Rechtsfähige juristische Person ohne Mitglieder oder Gesellschafter (verselbstständigtes Zweckvermögen). Kann selbst uneingeschränkt Verträge abschließen und Verbindlichkeiten eingehen. Die Stiftung ist grundsätzlich auf Dauer angelegt („Ewigkeitsstiftung“).
Organe	Die Stiftung muss einen Vorstand haben, dieser vertritt die Stiftung. Der Vorstand kann nur aus wichtigem Grund abberufen werden. Die Organstruktur kann im Übrigen vom Stifter flexibel in der Stiftungssatzung gewählt werden. Oft wird ein den Vorstand beratendes oder (optional) auch überwachendes Organ geschaffen (meist Kuratorium oder Stiftungsrat genannt).
Vermögen	In der Regel fordert die Stiftungsbehörde wenigstens EUR 50.000, meist aber deutlich mehr. Das Grundstockvermögen ist ungeschmälert zu erhalten (sog. „ Vermögenserhaltungsgrundsatz “) (Ausnahme: sog. „Verbrauchsstiftung“). Die Erträge müssen für den Stiftungszweck verwendet werden (Grundsatz der Ertragsverwendung).
Rechnungslegung	Berichtspflicht gegenüber der Stiftungsaufsicht: Jahresabrechnung mit Vermögensübersicht und Bericht über die Erfüllung der Stiftungszwecke.

Grundlagen der Stiftung

Voraussetzungen Gemeinnützigkeit	<ul style="list-style-type: none">• Gemeinnützige Stiftung, wenn die Stiftung ausschließlich steuerbegünstigte Zwecke (gemeinnützige, mildtätige oder kirchliche Ziele i.S.d. §§ 52-54 AO) verfolgt.<ul style="list-style-type: none">• <u>Erhebliche steuerliche Vorteile für die Stiftung</u>: Das gestiftete Vermögen bzw. Spenden unterliegen nicht der Erbschaft- oder Schenkungsteuer; zusätzlich Vorteile bei der laufenden Besteuerung.• <u>Erhebliche steuerliche Vorteile für den Stifter</u>: Sonderausgabenabzug bis zu EUR 1 Mio. (bei zusammenveranlagten Ehegatten bis zu EUR 2 Mio.) bei der Stiftungserrichtung; Spenden an bestehende Stiftung sind in Höhe von bis zu 20 % des Gesamtbetrags der Einkünfte des Spenders bzw. 4 ‰ der Summe der Umsätze und gezahlten Löhne eines Unternehmens abzugsfähig.• <u>Zeitnahe Mittelverwendung</u>: Zugeflossene Mittel (typischerweise Spenden) müssen stets zeitnah für die Verfolgung satzungsgemäßer Zwecke ausgegeben werden.• <u>Grundsatz der Vermögensbindung</u>: Mittel, die im Rahmen der steuerbegünstigten Tätigkeit zugeflossen sind oder dieser gewidmet wurden, müssen in der steuerbegünstigten Sphäre verbleiben oder verbraucht werden.
Errichtung	<ul style="list-style-type: none">• Die Errichtung erfolgt durch ein formloses Stiftungsgeschäft.• Zudem setzt die Gründung die staatliche Anerkennung durch die Stiftungsbehörde voraus. Die Stiftung entsteht erst mit der Genehmigung der Stiftungsbehörde.• Die Feststellung der Gemeinnützigkeit erfolgt durch die Finanzverwaltung („§ 60a-Bescheid“).

Gründe für eine Stiftungsgründung

- Die Stiftung genießt ein sehr hohes Ansehen im Rechtsverkehr.
- Flexible Gestaltung der Organstruktur möglich (ggf. in den Grenzen der Gemeinnützigkeit). Der Stifter kann sich zahlreiche Rechte vorbehalten (bspw. Ernennung der Organmitglieder), die Stiftung darf dadurch jedoch nicht fremdbestimmt werden.
- Mit der Aufsicht durch die Stiftungsbehörde und die Finanzverwaltung wird sichergestellt, dass der Stifterwille eingehalten wird, und ein Missbrauch bzw. die Einflussnahme von Dritten verhindert.
- Zahlreiche Steuervorteile.
- Insb. bei der Nachfolgegestaltung (als Familienstiftung): Sicherung der Unternehmenskontinuität; Vermeidung von Familien- und Erbstreitigkeiten.

2. Nachteile der Stiftung und Auswirkungen auf die Zukunftsfähigkeit

Nachteile der Stiftung und Auswirkungen auf die Zukunftsfähigkeit

- Aufwendige und zeitintensive Gründung durch Mitwirkung der Stiftungsbehörde und des Finanzamtes.
- Aufsicht durch die Finanzverwaltung und durch die Stiftungsaufsicht auf Einhaltung gesetzlicher und satzungsmäßiger Vorgaben.
- Je nach Art und Komplexität des Stiftungsvorhabens hoher Verwaltungsaufwand und hohe Beraterkosten erforderlich, die die für den Stiftungszweck verfügbaren Erträge spürbar reduzieren können.
- Strikte Vorgaben für strukturelle Änderungen (insbes. Zweckänderung, Satzungsänderung und Beendigung), die von der Genehmigung der Stiftungsaufsicht abhängen.
- Hierdurch kann die Stiftung ggf. nicht oder nicht ausreichend schnell auf veränderte Situationen in ihrem Tätigkeitsfeld reagieren.
- Hohe Mindestkapitalausstattung erforderlich. Gestiftetes Vermögen ist nicht mehr rückholbar.

Nachteile der Stiftung und Auswirkungen auf die Zukunftsfähigkeit

- Einschränkung der Zweckverwirklichung durch Vermögenserhaltungsgrundsatz: Das Stiftungsvermögen ist grundsätzlich uneingeschränkt zu erhalten. Der Stiftungszweck kann nur durch die Erträge verwirklicht werden.
- Aufgrund des Vermögenserhaltungsgrundsatzes werden oftmals risikoarme Anlagen gewählt, mit denen am aktuellen Anlagemarkt kaum ausreichend Rendite zu erzielen ist, um den Stiftungszweck zu finanzieren. Hinzu kommt die aktuell hohe Geldentwertung.
- Transparenz durch das Stiftungsregister (ab 2026).
- Als Teil der Stiftungsrechtsreform entfällt ab dem 1. Januar 2026 einer der bisherigen Vorteile der Stiftung, der darin lag, dass es kein zentrales öffentliches Register über die Stiftungsvertreter oder Satzungsinhalte gab.

3. Alternativen zur Stiftung

3. Alternativen zur Stiftung

a) Die (Stiftungs-)GmbH

Alternativ zur Stiftungsgründung können auch herkömmliche Gesellschaftsformen gewählt werden, die wiederum gemeinnützige oder stiftungsähnliche Zwecke verfolgen. Hierzu gehört insbesondere die GmbH. Zu den zulässigen Zielen einer GmbH kann auch die Verfolgung stiftungsähnlicher oder gemeinnütziger Zwecke gehören.

Vorteile	Nachteile
<ul style="list-style-type: none">• Schnelle und kostengünstige Gründung.• Geringere Kapitalanforderungen als bei der Errichtung einer Stiftung (Mindeststammkapital: EUR 25.000).• Einflussnahme durch die Gesellschafter möglich.• Keine Grundsätze der Vermögenserhaltung (aber Kapitalerhaltung).• Einfache und flexible Strukturen und dadurch einfache Anpassungsmöglichkeiten.• Keine staatliche Aufsicht durch Stiftungsaufsicht.• Übertragung und Vererbung der Gesellschaftsanteile möglich (aber Nachfolgeregelung notwendig).• Jederzeitige Beendigung möglich.• Darf als „Stiftungs-GmbH“ die Bezeichnung „Stiftung“ im Namen tragen (z.B. Robert Bosch Stiftung GmbH).	<ul style="list-style-type: none">• Transparenz durch das Handelsregister.• Buchhaltungs- und Publizitätspflichten nach dem HGB.• Jährliche Steuererklärungen.• Einschränkungen durch das Gemeinnützigkeitsrecht (Governance; Satzungsänderungen).• Geringere Reputation als die Stiftung (aber es besteht die Möglichkeit als Stiftung zu firmieren).

b) Stiftung & Co. KG

Bei der Rechtsform der Stiftung & Co. KG fungiert die Stiftung als Komplementärin einer KG, deren Kommanditisten Familienmitglieder oder andere (natürliche) Personen sind.

- Bei einer Stiftung & Co. KG kommt es zu einer Trennung von wirtschaftlichem Eigentum und Unternehmensleitung → Die Kommanditisten können wirtschaftliche Eigentümer des Unternehmens bleiben, während durch die Stiftung als Komplementärin sichergestellt wird, dass sich das Unternehmen unabhängig von einzelnen Interessen der Gesellschafter entwickelt.
- Insbesondere bei der Nachfolgeplanung von Familienunternehmen vorteilhaft: Der Unternehmensfortbestand wird sichergestellt, da der Stifterwille staatlich überwacht wird. Die Familienmitglieder bleiben als Kommanditisten am Unternehmen beteiligt aber gleichzeitig erfolgt die Geschäftsführung ohne ihre Einflussnahme.
- Höhere Vermögensausstattung und Verwaltungsaufwand durch die Besonderheiten des Stiftungsrechts als bei der Gründung einer einfachen Personen- oder Kapitalgesellschaft.

c) Treuhandstiftung

Die unselbstständige Stiftung (sog. Treuhandstiftung/ nicht rechtsfähige Stiftung) besitzt wie die selbstständige Stiftung ein dem **Stiftungszweck gewidmetes Vermögen**. Da es der unselbstständigen Stiftung an einer eigenen zivilrechtlichen Rechtspersönlichkeit mangelt, kann der Stifter (Treugeber) das Stiftungsvermögen allerdings lediglich auf rechtsgeschäftlicher Basis einer (anderen) natürlichen oder juristischen Person (Treuhand) mit der Maßgabe übertragen, es im Sinne des satzungsmäßigen Stiftungszwecks zu verwalten.

- Kommt insb. bei geringem Kapital und kleinem Stiftungsvermögen in Betracht. Durch den Anschluss an einen größeren Stiftungsträger können die laufenden Kosten aber minimiert werden.
- Unterliegt nicht der Stiftungsaufsicht und bedarf auch keiner staatlichen Anerkennung. Daher ist die Ausgestaltung und Handhabung flexibler als bei einer rechtsfähigen Stiftung.
- Kein Mindestvermögen erforderlich.
- Keine eigenständige rechtsfähige juristische Person. Dadurch entsteht eine Abhängigkeit vom Stiftungsträger.
- Geringere Beständigkeit, da Abhängigkeit des Bestandes vom Stiftungsträger.
- Es entstehen ggf. Verwaltungsgebühren, die an den Stiftungsträger gezahlt werden müssen.
- Geringeres Ansehen im Rechtsverkehr.

d) Stiftungsfonds

Der Stiftungsfonds ist eine **Zustiftung, also eine Zuwendung in das Grundstockvermögen einer bereits bestehenden Stiftung** unter Auflagen gegenüber der Stiftung (sog. qualifizierte Zustiftung).

- Der Stiftungsfonds hat keine eigene Rechtspersönlichkeit.
- Die Auflage besteht häufig darin, dass der Stiftungsfonds einen eigenen Namen erhält. Der Zustifter kann zudem verlangen, dass in der Stiftung ein internes Gremium geschaffen wird, das über die Verwendung der Erträge aus dem Stiftungsfondsvermögen entscheidet. Eine weitere typische Auflage ist die Bestimmung des Zwecks, für den das zugestiftete Vermögen verwendet werden soll. Letzterer ist regelmäßig ein Teilzweck aus dem umfassenderen Zweckkatalog der Stiftung.
- Da eine bestehende Stiftung unterstützt wird, entsteht kein zusätzlicher Gründungs- und Verwaltungsaufwand (dadurch auch Kostenersparnisse).
- Allerdings besteht nur ein geringer bzw. kein Einfluss auf die Ausgestaltung und die Wirkrichtung der Stiftung.
- Geringere Außenwahrnehmung.
- Steuern: Für den Zuwendenden ist die Zustiftung steuerlich attraktiver als eine bloße Spende. Bei einer Zustiftung in das dauerhaft zu erhaltende Grundstockvermögen einer Stiftung besteht die Möglichkeit eines Sonderausgabenabzugs gem. § 10 b Abs. 1 a EStG i.H.v. bis zu EUR 1 Mio.

e) Spenden/ Sponsoring

Eine weitere Möglichkeit ist, sich durch Spenden und Sponsoring zu engagieren:

- Das Spenden bietet eine unkomplizierte Möglichkeit die Allgemeinheit durch Geldmittel zu fördern. Es entsteht kein zusätzlicher Kosten- und Verwaltungsaufwand durch die Gründung einer eigenen Rechtspersönlichkeit.
- In steuerlicher Hinsicht besteht die Möglichkeit eines Sonderausgabenabzugs. Die Abziehbarkeit der Spende ist gemäß § 10 b Abs. 1 EStG der Höhe nach beschränkt auf entweder maximal 20 % des Gesamtbetrags der Einkünfte oder 4 ‰ der Summe der gesamten Umsätze und der im Kalenderjahr aufgewendeten Löhne und Gehälter.
- Das bloße Spenden hat allerdings eine geringere Außenwahrnehmung als die Gründung einer Stiftung. Es besteht zudem kein oder nur ein geringer Einfluss der Spender auf die konkrete Mittelverwendung und die Zweckverwirklichung.

f) Gesellschaft mit gebundenem Vermögen – GmbH-gebV

Einführung einer GmbH mit gebundenem Vermögen (GmbH-gebV) → *Koalitionsvertrag 2021-2025 zwischen SPD, Bündnis 90 / Die Grünen und FDP.*

- Kernelement der neuen Rechtsformvariante der GmbH soll eine **dauerhafte und unumkehrbare Vermögensbindung (sog. Asset Lock)** sein. Ähnlich wie bei der Gründung einer rechtsfähigen Stiftung (§§ 80 ff. BGB) ist das Gesellschaftsvermögen, abgesehen von der Einlage der Gesellschafter, dauerhaft dem Zugriff der Gesellschafter entzogen – auf eine Gewinnausschüttung und Liquidationserlös wird verzichtet.
- Beschränkung der Übertragbarkeit der Anteile und der Unternehmensnachfolge: **Sog. Shareholder Lock**, welcher den Kreis möglicher Gesellschafter für die GmbH-gebV beschränkt. In Betracht kommen sollen grundsätzlich nur natürliche Personen, andere Verantwortungseigentums-Gesellschaften, Rechtsträger mit in gleicher Weise gesetzlich dauerhaft gebundenem Vermögen sowie Personengesellschaften. → Erhalt der „Wertefamilie“!
- Besteuerung wie normale GmbH (aber ggf. Berücksichtigung der Vermögensbindung bei der Erbschaft- und Schenkungsteuer).
- GmbH-gebV ist unwiderruflich ausgestaltet – Rückkehr ohne Auflösung der Gesellschaft nicht möglich.
- Im Unterschied zur Stiftung verfügt die GmbH-gebV aber über Gesellschafter, die privatautonom über die rechtlichen und tatsächlichen Verhältnisse der Gesellschaft disponieren können.

4. Die Umgestaltung bestehender Stiftungen

4. Die Umgestaltung bestehender Stiftungen

a) Gründe für die Umgestaltung bestehender Stiftungen

Auf Grund der Langlebigkeit der Stiftung, ist früher oder später mit Problemen zu rechnen, z.B.:

- der ursprüngliche Stiftungszweck, z.B. die Förderung einer bestimmten Einrichtung oder Personengruppe, ist entfallen;
- die Ertragslage der Stiftung gibt die Verfolgung des Stiftungszwecks in dem ursprünglich angedachtem Umfang nicht mehr her oder macht sie sogar völlig unmöglich;
- die Governance der Stiftung hat sich überlebt – es stehen nicht mehr ausreichend Personen zur Besetzung der vorhandenen Posten zur Verfügung oder die Anzahl der Posten ist in Hinblick auf die Tätigkeit der Stiftung nicht mehr angemessen (zu klein oder zu groß/teuer).

Problemen in der Stiftung kann durch eine ganze Reihe von Maßnahmen abgeholfen werden, um die Stiftung oder wenigstens die hinter der Stiftung stehende Idee für die Zukunft zu erhalten.

b) Die Bedeutung der Stiftungsrechtsreform für Neugestaltungen

Zum **1. Juli 2023** tritt die Stiftungsrechtsreform in Kraft, die das gesamte Stiftungsrecht neu regelt. Ziel ist es, neue und bestehende Stiftungen deutlich flexibler oder hierdurch attraktiver gegenüber den Alternativen zur Stiftung zu machen. Viele Möglichkeiten zur Neugestaltung von Stiftungen, wie Satzungsänderungen, werden erstmals gesetzlich festgehalten und/oder vereinfacht.

→ *Schon vor Inkrafttreten der Reform ist zu überlegen, ob von dieser neuen Flexibilität etwa durch Satzungsänderungen Gebrauch gemacht werden soll oder sonstiger Anpassungsbedarf besteht. Neue Stiftungen sollten vor Vornewein mit Blick auf die neuen Möglichkeiten ausgestaltet werden.*

c) Satzungsänderung

- Einer Vielzahl von Problemen in einer schon bestehenden Stiftung kann schon durch Satzungsänderungen begegnet werden, mit denen je nach Bedarf kleinere oder größere Anpassungen vorgenommen werden, z.B.:
 - Änderung der Mitgliederzahl in einem Stiftungsorgan;
 - Anpassung oder Austausch des Stiftungszwecks;
 - Umfassende Änderung der Governance unter Einrichtung neuer (Kontroll-)Organe.
- Die Voraussetzungen für Satzungsänderungen hängen bisher von der Stiftungssatzung und dem einschlägigen (Landes-) Stiftungsrecht ab und setzen in der Regel voraus, dass eine wesentliche Änderung der Verhältnisse eingetreten ist.
- Nach der Stiftungsrechtsreform wird die Satzungsänderung erheblich flexibilisiert. Die gesetzlichen Regeln sehen ein abgestuftes Verfahren vor – desto schwerwiegender die Änderung, desto höher auch die Anforderungen. Der Stiftung steht es hierneben aber weitestgehend frei, die Voraussetzungen in der „Errichtungssatzung“ abweichend festzulegen.
- Darüber hinaus eröffnet die Stiftungsrechtsreform die Möglichkeiten zur Umwandlung in eine Verbrauchsstiftung.
- Es ist (nach altem und neuem Recht) die Genehmigung durch die Stiftungsaufsicht erforderlich.

d) Zusammenlegung und Zulegung

Wenn der Zweck der Stiftung besser gemeinsam mit einer anderen Stiftung verfolgt wird, kann über eine Zusammenlegung oder Zulegung nachgedacht werden. Gerade in notleidenden Stiftungen, in denen das eigene Stiftungsvermögen zur Verfolgung des Stiftungszwecks nicht mehr reicht, kann hierin eine gute Alternative zur Auflösung liegen.

- Zulegung = Übertragung des Stiftungsvermögens auf eine übernehmende Stiftung.
- Zusammenlegung = Mehrere Stiftungen werden zu einer neuen zu gründenden Stiftung vereinigt und die ursprünglichen Stiftungen erlöschen endgültig.

Die Zusammenlegung und Zulegung sind bislang überwiegend nicht gesetzlich geregelt, so dass auf eine Kombination von Einzelmaßnahmen (Liquidation und Übertragung der Einzelwerte auf die übernehmende Stiftung) zurückgegriffen werden musste, deren Voraussetzungen bislang aber unklar und vom Wohlwollen der Stiftungsaufsicht abhängig waren.

Nach der Stiftungsrechtsreform können Stiftungen durch Zulegungs- bzw. Zusammenlegungsvertrag fusionieren, wenn

- eine wesentliche Veränderung der Verhältnisse nach Errichtung der übertragenden Stiftung eingetreten ist,
- die durch eine Satzungsänderung nicht beseitigt werden kann (Subsidiarität); und
- die Stiftungszwecke von Ausgangs und Zielstiftung im Wesentlichen übereinstimmen.

Die Zu- oder Zusammenlegung bedarf der Genehmigung der Stiftungsaufsicht.

e) **Auflösung**

Sollte es gar keine andere Möglichkeit geben, die Satzungszwecke weiter zu verfolgen, kann an eine Auflösung der Stiftung gedacht werden:

- Eine Auflösung der Stiftung ist meist nur möglich, wenn die Stiftung ihren Zweck endgültig nicht mehr dauernd und nachhaltig erfüllen kann (Subsidiarität gegenüber Satzungsänderung).
- Mit dem Erlöschen der Stiftung fällt das Vermögen an die in der Stiftungssatzung bestimmten Anfallberechtigten zu. In der Bestimmung des oder der Anfallberechtigten ist die Satzung bzw. das satzungsmäßig zuständige Organ frei.
- Bei gemeinnützigen Stiftungen sind nach § 55 AO weitere Anforderungen zu beachten. Nach dem Grundsatz der Vermögensbindung aus § 55 Abs. 1 Nr. 4 AO darf das Vermögen nur für einen steuerbegünstigten Zweck verwendet werden. Dies beschränkt den Kreis der möglichen Anfallberechtigten.

5. Fazit

Fazit

- Die Stiftung ist nach wie vor populär und für viele Vorhaben eine attraktive Rechtsform.
- Für Probleme bei Bestandsstiftungen steht eine Reihe von Maßnahmen (Zweck-/Satzungsänderungen, Zu-/Zusammenlegung, Auflösung etc.) zur Verfügung, durch die diese behoben werden können und die wesentlichen Ziele der Stiftung – ggf. in anderer Form – weiterverfolgt werden können.
- Durch die Stiftungsrechtsreform werden viele bestehende Probleme des Stiftungswesens behoben und die Möglichkeiten für Stiftungen, ihre Tätigkeiten flexibel zu regeln, noch einmal erhöht.
- Jedenfalls bleibt die Grundidee der Stiftung mit ihren grundlegenden Vor- und Nachteilen erhalten, so dass die Stiftung sich nicht für jeden Zweck bzw. jeden Stifter eignet.
- Als Alternative zur Stiftung stehen eine Reihe von anderen Rechtsformen und Maßnahmen zur Verfügung. Diese sollten vor der Gründung gründlich geprüft und gegeneinander abgewogen werden.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Erfahren Sie mehr über uns und unsere Themen:

www.oppenhoff.eu



Dr. Gregor Seikel

Partner • Rechtsanwalt

Bockenheimer Landstraße 2-4
50306 Frankfurt am Main

E-Mail:

gregor.seikel@oppenhoff.eu

Tel: +49 (0) 69 707968 253



Dr. Axel Wenzel LL.M.

Partner • Rechtsanwalt

Konrad-Adenauer-Ufer 23
50668 Köln

Am Sandtorkai 74
20457 Hamburg

E-Mail:

axel.wenzel@oppenhoff.eu

Tel.: +49 (0) 221 2091 455

Oppenhoff